

Fall Jessica Bießmann

Drückeberger unter Abgeordneten – auch ein Problem in Niedersachsen?

von Maximilian Matthies



Berlin/Hannover. Im Berliner Abgeordnetenhaus fehlt die Abgeordnete Jessica Bießmann unentschuldigt über Monate, kassiert aber trotzdem ihre Diät. Wäre dies auch in Niedersachsen möglich? Mit welchen Sanktionen müssten die Abgeordneten rechnen?

Jessica Bießmann sitzt seit 2016 als direkt-gewählte Vertreterin im Berliner Abgeordnetenhaus, allerdings blieb ihr Stuhl in den vergangenen Monaten durchgängig leer. Die Abgeordnete, die bereits mit Posen vor Hitler-Weinen die Gemüter erhitzte, hatte sich seit ihrem Ausschluss aus der AfD-Fraktion im November 2018 nicht mehr im Parlament blicken lassen.

Lesen Sie: Berliner AfD schließt Abgeordnete wegen Foto mit Hitler-Weinflaschen aus

Zur Überraschung vieler Abgeordneter erschien die 37-Jährige in der vergangenen Woche dann plötzlich wieder zu einer Plenarsitzung. Kurz zuvor hatte der Berliner "Tagesspiegel" ihr über Monate unentschuldigtes Fehlen publik gemacht.

Als Begründung für ihr Fehlen führte Bießmann an: "Nach vollständiger Genesung ist es mir wieder möglich am politischen Geschehen im Berliner Abgeordnetenhaus mitzuwirken." Nähere Angaben zu ihrem Gesundheitszustand machte sie nicht. So recht glauben will ihr die Krankheitsgeschichte in Berlin allerdings niemand.

"Sehr auffälliges" Verhalten

Sven Kohlmeier, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Abgeordneter aus dem Nachbarwahlkreis von Bießmann hat für die Fehlzeit kein Verständnis. Es sei "sehr auffällig" gewesen, dass Bießmann überhaupt nicht mehr auftauchte. Umso erstaunter zeigt sich Kohlmeier im Gespräch mit unserer Redaktion nach der plötzlichen Rückkehr der Abgeordneten.

Für Kohlmeier ist der Fall Bießmann auch insofern bezeichnend, weil sonst vor allem die AfD versuche, "Altparteien als Faulenzer zu diskreditieren". Ronald Glaeser, Pressesprecher der AfD Berlin, wollte auf Nachfrage das Verhalten der mittlerweile fraktionslosen Abgeordneten nicht mehr weiter kommentieren. Ihr parlamentarisches Wirken hatte die Partei bereits kritisiert. Bießmann kassiere zwar ihre Diät in Höhe von 3944 Euro pro Monat sowie einen Zuschuss für ihr Büro erfülle jedoch nicht ihre Aufgaben als Abgeordnete. "Wir hoffen, dass Frau Bießmann künftig ihren parlamentarischen Pflichten nachkommt", sagt Glaeser.

Ähnlich sieht das Kohlmeier. Er meint: "Direkt-gewählte Abgeordnete besitzen eine moralische Pflicht, an Sitzungen teilzunehmen". Eine Anwesenheitspflicht besteht laut Berliner Abgeordnetengesetz zwar nicht, Nicht-Erscheinen wird aber sanktioniert. Fehlt ein Abgeordneter bei einer Vollsitzung, droht eine Kürzung der Kostenpauschale von 50 Euro, für Fernbleiben bei einer Ausschusssitzung werden 25 Euro abgezogen.

Fall Bießmann ist kein Einzelfall

Jessica Bießman ist nicht die einzige Abgeordnete, die mit ihrer Abwesenheit in die Schlagzeilen geriet. In Sachsen-Anhalt etwa wurde die Abgeordnete Sarah Sauer mann über einen längeren Zeitraum im Magdeburger Landtag vermisst, sie erschien laut eines Berichts der "Mitteldeutschen Zeitung" weder zu Plenar-, noch zu Ausschusssitzungen, kassierte aber weiter hohe Bezüge für ihr Mandat. Sauer mann hatte sich genau wie Bießmann mit ihrer Fraktion von der AfD überworfen und saß seitdem als fraktionslose Abgeordnete im Parlament.

Fehlen im Hannoveraner Landtag

In Niedersachsen wurde ebenfalls der Fall einer AfD-Abgeordneten bekannt. Dana Guth aus Herzberg hatte im vergangenen Jahr an keiner Sitzung des Göttinger Kreistags teilgenommen, berichtete das "Göttinger Tageblatt". Die CDU-Kreistagsfraktion forderte Guth deshalb auf, rund 5500 Euro, die sie trotz Abwesenheit an Aufwandsentschädigungen und Fahrtkosten erhalten habe, an den Landkreis Göttingen zurückzahlen. Guth, die auch Landeschefin der AfD Niedersachsen ist, begründete ihr Fehlen mit Terminüberschneidungen im Kreis- und Landtag, ihr Amt nehme sie trotzdem wahr.

Im Hannoveraner Landtag sind Sprecher Dr. Kai Sommer indes keine Fälle bekannt, dass Abgeordnete unentschuldigt fehlten. Eine "doppelte Kontrolle" verhindere dies. So müssten sich die Abgeordneten in Anwesenheitslisten eintragen, diese würden bei Sitzungsbeginn im Plenarsaal verlesen. Nach der Geschäftsordnung des Landtags gilt eine Präsenzpfl icht. Bleibt ein Abgeordneter einer Sitzung fern, erhält er kein Tagegeld. Dieses beträgt 15 Euro.

Hohe Geldstrafen im Bundestag

Teurer als in Niedersachsen kommt Bundestagsabgeordneten in Berlin ihre Abwesenheit zu stehen. Laut Abgeordnetengesetz ist eine Sanktion in Höhe von 100 Euro der Kostenpauschale vorgesehen, wenn unbeurlaubte Abgeordnete sich an Sitzungstagen nicht in die Anwesenheitsliste des Bundestags eintragen, Doppelt so teuer (200 Euro) ist für sie ein Nicht-Erscheinen bei Plenarsitzungen oder bei namentlichen Abstimmungen. Offenbar aber verhindert diese Geldsumme jedoch nicht, dass einige Parlamentarier den Sitzungen regelmäßig fern bleiben. Das zeigt eine "ARD"-Auswertung zu Abwesenheiten bei namentlichen Abstimmungen. Demnach fehlten Abgeordnete von Linkspartei und AfD wesentlich häufiger als ihre Kollegen aus anderen Fraktionen.

Für Léa Briand, Pressesprecherin von "abgeordnetenwatch.de", ist klar: "Es gibt viele nachvollziehbare Gründe, warum Abgeordnete im Parlament fehlen, etwa eine Krankheit oder das Pflegen von Angehörigen. Wenn jemand aber unentschuldigt über einen langen Zeitraum fehlt, ist das nicht hinnehmbar. Ein solches Blaumachen muss mit spürbaren finanziellen Sanktionen geahndet werden. Am Ende sind es aber die Wählerinnen und Wähler, die ein solches Verhalten sanktionieren müssen."

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.